

Genosse des Monats



Olaf Lies ist ein gutes Beispiel dafür, das Parteiarrerien nicht unbedingt bei den Jusos anfangen müssen. Der studierte Elektrotechniker hat zwar schon früh als Mitglied des Personalrates der FH Wilhelmshaven eine soziale Verantwortung übernommen und war auch in der DAG/verdi aktiv. Zur Politik ist er aber erst spät gekommen. Kandidat für den Gemeinderat seines Heimatortes Sande ist er noch als Parteiloser auf der Liste der SPD geworden. Erst kurz vor der Wahl ist er mit 34 Jahren der SPD beigetreten, und hat den Ortsverein als Vorsitzender gleich mit übernommen. Ein Jahr später ist er stv. UB- Vorsitzender, zwei Jahre drauf Ub- Vorsitzender des Kreises

Friesland geworden. Folgerichtig hat er im Jahr drauf auch im Kreis politische Ämter übernommen, als Mitglied des Kreistages und stv. Landrat. Im gleichen Jahr wird er als Kandidat für die Landtagswahl 2008 aufgestellt, seit dem sitzt er für die SPD auch in Hannover. Im Jahre 2010 stellt er sich zusammen mit Monika Griefhahn und Stefan Schostok zur Wahl des Landesvorsitzenden. In einem Vorstellungsverfahren, bei dem alle Mitglieder die Geliggnheit bekommen, über die Kandidaten abzustimmen und ihren Favoriten zu wählen, geht Olaf Lies als Sieger hervor, und wird von den Delegierten des Landesparteitages als Vorsitzender bestätigt. Bei all dem ist ihm immer die kommunalpolitische Verwurzelung wichtig gewesen. Für ihn ist, das macht er in seinen Reden immer wieder deutlich, die Gemeinde immer noch die Keimzelle der politischen Arbeit.

Tellerrand

Anfang Juni habe ich mich beruflich für zehn Tage in Hanoi aufgehalten. Obwohl ich nicht viele Gelegenheiten hatte, mir die Stadt anzusehen, so habe ich doch ein paar Eindrücke von dem Leben in Vietnam mitnehmen können. Dem Besucher der Stadt fällt neben dem tropischen Klima als erstes der Verkehr auf. Regeln scheint es nicht zu geben, die Innenstadtbereiche sind ein einziger Strom von Fahrzeugen, vornehmlich Mopeds und Taxis. Ohne die Moped scheint das Leben in dieser 7 Millionen- Metropole nicht zu funktionieren, als universelles Transportmittel für Menschen, Waren und Material ist es allgegenwärtig. Die Stadt scheint auch

umständen, dem Essen und den Menschen, die im Spagat zwischen traditioneller und westlicher Kultur zu le-



ben scheinen, ist Vietnam ein aufstrebendes Land, zwar in vielen Bereichen noch weit weg von europäischen Standards, aber dieses Land lässt sich auch nicht mit unseren Massstäben messen. Es hat aber den festen Willen, den Anschluss an westliche Verhältnisse zu bekommen. Ich hoffe, dass die Vietnamesen es schaffen, ihre Kultur zu bewahren, und trotzdem ihr wirtschaftliches und touristisches Potential auszuschöpfen. Wenn dieser Aufschwung mit entsprechenden politischen Veränderungen einhergeht, kann Vietnam innerhalb der asiatischen Staaten eine bedeutende Rolle einnehmen.



nachts nicht still zu stehen. Neben dem Klima und all seinen Begleit-

Impressum

v.i.S.d.P :
Johannes Hillebrand (jh)

Redaktionsteam :
Angelika Dorsch (ad),
Steffen Meyer (sm)

Redaktionsanschrift:
Bremer Str. 7
27383 Scheeßel

Tel.: 04263 / 912527
Fax: 04263 / 912528

email: rotfuchs@spd-scheessel.de
web: www.spd-scheessel.de
blog: http://kommunaltalk.de
twitter: http://twitter.com/redfox1

SPD
Ortsverein
Scheeßel



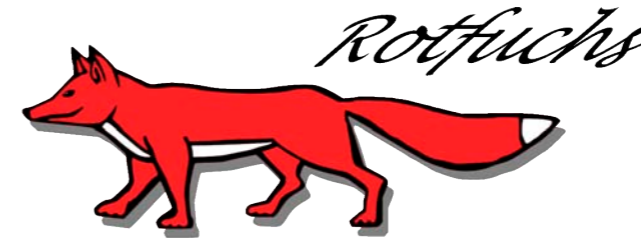
Vorsitzender:
Johannes Hillebrand

Stellvertreter:
Steffen Meyer

Finanzverantwortliche
Yvonne Selk

Schriftführer
Mathias Selk

Beisitzer:
Angelika Dorsch
Hanne Berulla
Stefan Wissuwa



Zeitung der SPD Scheeßel

Ausgabe 6 vom 17.09.2010

Inhalt

Top Thema	1
Neues aus dem OV	2
Kommentar	2
Ratsfraktion intern	3
Bundestag	3
Termine	3
Genosse des Monats	4
Tellerrand	4

Editorial

Diese Ausgabe des Rotfuchs kommt diesmal mit 3 Monate Verspätung. Leider schafft man nicht immer alles so, wie man möchte, vor allem, wenn man beruflich und privat eingespannt ist. Zum eigentlichen Veröffentlichungstermin war ich auf Dienstreise (siehe Seite 4), danach kam die Urlaubszeit, wo zwar das politische Leben nicht vollständig ruhte (die Veranstaltung mit Lars Klingbeil zum Thema Afghanistan war ein voller Erfolg), aber zum Schreiben kamen wir dann doch nicht. Die ersten Sitzungen nach der Sommerpause standen an, unsere nächste öffentliche Fraktions-sitzung steht an, und viele andere Dinge wollen erledigt werden. Wir werden versuchen, in Zukunft wieder den vierteljährlichen Rythmus einzuhalten, und Euch regelmäßig mit Informationen zu versorgen. Außerdem sei auch noch auf die öfeentlichen Fraktions-sitzungen zu einem bestimmten Thema verwiesen, die nun regelmäßig stattfinden sollen. Unregelmäßig, aber häufiger als der Rotfuchs erscheint auch auf http://kommunaltalk.de ein Bericht zu aktuellen Themen. Natürlich sind wir auch offen für Kritik, sowohl was unsere Ratsarbeit, als auch die Arbeit des Ortsvereins betrifft. Also scheut Euch nicht, Euch mit Fragen oder Anregungen, aber auch Beschwerden an uns zu wenden.

Euer Johannes Hillebrand



Biogasanlage bei Scheeßel

Top Thema

Biogasanlagen sind die Zukunft der Energiegewinnung. Biogasanlagen zerstören die Landschaft . Auf diese zwei Aussagen zugespitzt kann man die Positionen der Befürworter und Gegner der Biogasanlagen sehen. Diese Form der Energiegewinnung hat in letzter Zeit stark zugenommen und ist vor allem, ähnlich den Windkraftanlagen, im ländlichen Raum zu finden. Klar ist, das Biogasanlagen nur in der Nähe von landwirtschaftlichen Betrieben Sinn machen, denn der "Betriebsstoff" von Biogasanlagen sind in der Hauptsache Gülle, bzw. energiereiche Pflanzen wie z.B. Mais. Dabei ist die Anlagengröße eine wichtige Kennzahl, denn die zu nutzenden Flächen müssen erreichbar sein, weite Anfahrtswege wirken sich negativ auf die Bilanz aus. Oftmals sind es Landwirte, die als Betreiber einer Anlage vom Landwirt zum Energiewirt werden, meist ist es aber nur ein Nebenerwerb, der neben der normalen Landwirtschaft betrieben wird. Ein Kritikpunkt, dass zunehmend landwirtschaftliche Flächen zur Energiegewinnung statt zur Erzeugung von Nahrungsmittel verwendet wird, stimmt dabei nur zum Teil.

Zunächst mal sind es oftmals brachliegende Flächen, die zu Maisfeldern für Biogasanlagen umgenutzt werden. Statt Subventionen der EU für stillgelegte Flächen in Anspruch zu nehmen, werden ursprünglich landwirtschaftliche Flächen wieder genutzt. Aber auch durch den Preisverfall von Nahrungsmitteln werden Flächen für die Energiegewinnung attraktiv. Da die Abnahmepreise für die Kilowattstunde Strom relativ konstant ist, der Energieertrag pro Hektar ziemlich genau bestimmbar, weiß der Landwirt schon beim Säen, was er dafür bekommt, ohne den Schwankungen auf dem Weltmarkt ausgesetzt zu sein. Der große Kritikpunkt, der auch bei Biokraftstoffen oft zu hören ist, dass statt Nahrungsmittel Energie erzeugt wird, trifft somit nur zum Teil zu. Denn dieses Argument trifft auch auf den Silomais als Viehfutter zu, denn der Ertrag an Fleisch ist um ein vielfaches geringer, als direkt die Nahrungsmittelerzeugung. Fluch und Segen bei der Energiegewinnung aus Pflanzen ist der Mais. Der Segen ist eine schnell wachsende energiereiche Pflanze, die fast ohne

Top Thema (Forts.)

Chemie auskommt. Der Fluch sind Quadratkilometer von Maisfeldern, ab Jahresmitte zwei Meter und mehr hoch, so dass man sich als Fußgänger in einen überdimensionalen Irrgarten versetzt fühlt. Hier treffen ganz einfach verschiedene Interessen aufeinander, das Interesse des Landwirtes, seine Flächen rentabel zu nutzen, und das Interesse von Bürgern, aber auch Touristen und denen, die damit Geld verdienen. Hier wird oft von Vermaischung gesprochen, das heißt, die zunehmende Nutzung von Flächen für den Maisanbau. Richtig ist, das absolut und relativ der Maisanbau infolge der Biogasanlagen zugenommen hat.

Vielfach werden Biogasanlagen von Bürgern schon im Vorfeld abgelehnt, da sie die Geruchsbelästigung fürchten. Inzwischen werden die Nachteile differenzierter gesehen. Biogasanlagen werden in der Regel mit genügend Abstand zu Wohnbebauung geplant. Schon im Interesse der Betreiber, der eine ungehinderte Anlieferung benötigt. Die Geruchsbelästigung ist mehr auf die Silage bezogen (zur kontinuierlichen "Befütterung" der Anlage ist ein Lager vor Ort nötig), die während des Gärprozesses entstehenden Gase werden ja schließlich aufgefangen

und genutzt. Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Anlieferungsverkehr, da der Einzugsbereich einen Umkreis von 10 bis 20 km umfassen kann. Durch diese größeren Anfahrtswege entsteht zusätzlicher Verkehr, besonders wenn er an Wohnbebauung vorbei führt, wird das als störend empfunden. Auch dieses kann man durch eine sorgfältige Planung minimieren.

Die Gemeinde als an der Genehmigung beteiligte Instanz muss all diese Interessen abwägen. Grundsätzlich spricht natürlich nichts dagegen, allerdings sollte das Konzept einer Anlage sorgfältig geprüft werden. Insbesondere die Nutzung der Abwärme ist hier zu beachten, u. U. kann die Gemeinde davon profitieren, in dem sie wie in Scheeßel ihr Schwimmbad damit beheizt. Insgesamt hat die Gemeinde die Verpflichtung, jeden Antrag genau zu prüfen, und so auch z.B. eine Konkurrenz der Anlagen untereinander um die zur Verfügung stehenden Flächen zu verhindern. So kann diese Stromgewinnung zu einem sinnvollen Baustein im Mix der nachhaltigen Energiegewinnung werden.

Neues aus dem OV

Am 19. Juni fand in Scheeßel der Kreisparteitag des Unterbezirks Rotenburg/Wümme statt. Im Jeersdorfer Hof hatten sich die knapp 60 Delegierten eingefunden, um die Richtung der SPD für die nächsten zwei Jahre zu bestimmen. Hauptredner



war der frischgebackene Landesvorsitzende Olaf

Lies, der mit einer fundierten Rede die politischen Verhältnisse skizzierte, und auch mit Kritik an der Bundes- und Landesregierung nicht sparte. Er machte den Genossen Mut für die kommenden Wahlen, machte aber auch deutlich, dass die derzeitige Verbesserung der SPD in den Umfragewerten vor allem auf die Fehler der anderen zurückzuführen sind.

Neben den Reden von Olaf Lies und Lars Klingbeil standen auch noch Wahlen an. Ralf Borngräber stellte sich als UB-Vorsitzender zur Wiederwahl, und wurde mit großer Mehrheit im Amt bestätigt. Als

Stellvertreter wurden Ute Gudella de Graaf und (aus Scheeßeler Sicht besonders erfreulich) Angelika Dorsch gewählt. Die Posten von Schriftführer und Finanzverantwortlichen bleiben mit Gisela Detmmer und Klaus-Dieter Klotz in bewährten Händen.

Neben weiteren Wahlen von Delegierten und Vorschlägen für andere Parteigremien standen auch zwei Anträge auf der Tagesordnung. Vom UB-Vorstand kam der Antrag, den Ausbau von Kindertagesstätten voranzutreiben und dies vor allem im Kreistag durchzusetzen. Desweiteren lag ein Antrag von den Jusos vor, der die Ausrüstung von weiterführenden Schulen mit WLAN vorsieht. Über diesen Punkt entzündete sich eine längere Diskussion, vor allem über die Frage, ob auch schon Grundschulen eine entsprechende Ausstattung benötigen. Letzendlich wurde aber der Antrag einstimmig angenommen.

So ging dann der Parteitag trotz des Abstimm- und Auszählmarathons harmonisch zuende. Die Delegierten konnten sich sicher sein, dass die Kreis-SPD geschlossen in den Kommunalwahlkampf geht.

Kommentar



von Johannes Hillebrand

Die Kommunalwahl wirft ihre Schatten voraus. In vielen politischen Reden und Diskussionen wird darauf hingewiesen, dass wir im nächsten Jahr unsere Kommunalparlamente neu wählen und welche Vorbereitungen dazu nötig sind. Es wird über Programme und Köpfe geredet, über Strategien und Themen. Und immer wieder stellt man sich die Frage, was den Bürger bewegt, welche Probleme und Sorgen er hat, die wir als Kommunalpolitiker lösen können. Gleichzeitig bemerken wir aber auch eine gewisse Sprachlosigkeit zwischen Politik und Bürger. Wo sich in Diskussionen am Arbeitsplatz oder unter Feinden zeigt, wie unzufrieden manche sind, so kommt doch ziemlich wenig davon beim (Berufs- oder Kommunal-)Politiker an.

Wir können lange darauf warten, dass der Bürger zu uns kommt. Denn die Aufgabe der Politik ist es auch, Angebote zu machen. Das Wort dafür heist Teilhabe oder Partizipation. Erst wenn wir andere an unserer Arbeit beteiligen, können wir im Gegenzug erwarten, dass die Bürger uns an ihren Wünschen, aber auch an ihren Ideen teilhaben lassen.

Zur Kommunalwahl sind alle gefragt, ihre Ideen und sich selber einzubringen. Der Bezirk hat schon seine Aktion zu Beitragssolidarität gestartet, ich möchte Euch bitten, das Schreiben zum Anlass zu nehmen, Eure Beitragszahlungen nochmal zu überprüfen. Gerade zur Kommunalwahl brauchen wir eine sichere finanzielle Grundlage. Viele von Euch leisten bereits das, was sie gerade so erübrigen können. Andere dagegen haben es bisher nur versäumt, ihren Beitrag ihren Lebensumständen anzupassen. Und um mehr möchten wir Euch nicht bitten.

Termine

26. September 10:30 Uhr

Bundesparteitag
Berlin

4. Oktober 19:30 Uhr

öffentl. Fraktionssitzung
Thema: Sportvereine
Rathaus Scheeßel

27. Oktober 20:00 Uhr

Vortrag über die neue Kommunalverf.
Nartum

30. Oktober 10:30 Uhr

Kommunalkongreß
Hannover

1. November 19:30 Uhr

Finanzauss.
Rathaus

11. November 19:30 Uhr

Ratssitzung
Rathaus

15. November 19:30 Uhr

öffentl. Fraktionssitzung
Thema: Unternehmen
Rathaus

alle Angaben ohne Gewähr

Lost & Found

§ 22 c NGO

Anregungen und Beschwerden

1 Jede Person hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen und Beschwerden in Angelegenheiten der Gemeinde an den Rat zu wenden.

2 Die Zuständigkeiten des Verwaltungsausschusses, der Ausschüsse, Stadtbezirksräte und Ortsräte und der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters werden hierdurch nicht berührt.

3 Die Erledigung von Anregungen und Beschwerden kann der Rat dem Verwaltungsausschuss übertragen.

4 Die Antragstellerin oder der Antragsteller ist über die Art der Erledigung der Anregung oder der Beschwerde zu unterrichten.

5 Das Nähere regelt die Hauptsatzung.

Zukünftig werden solche Eingaben vom Verwaltungsausschuss behandelt und an die zuständigen Stellen (Ausschuss oder Rat) weitergeleitet

Ratsfraktion intern

Der Auftakt zur Gesprächsreihe "Fraktion im Dialog" ist gelungen. Am 31. Mai trafen sich ca. 30 Eltern, Erzieherinnen und Ratsmitglieder auf Einladung der SPD-Fraktion, um über die Situation der Scheeßeler Kindergärten zu diskutieren. Für die Verwaltung stand Bürgermeisterin Dittmer-Scheele Rede und Antwort. Besonders die geplante Schließung des Kindergartens in Westerholz und die Zukunft der Kindergärten auf den Dörfern waren dabei Thema. Dazu wurde auch der Vorschlag der evangelischen Kirchengemeinde erörtert, eine Krippengruppe zu betreiben. Dieser Vorschlag stammt von den Eltern der Swimmy-Kinder, die sich eine Verbesserung der Betreuungssituation erhoffen.

Allerdings wurde bei all dem deutlich, dass es noch kein Konzept für die Kinderbetreuung gibt. Besonders die zögerliche Umsetzung des Rechtsanspruchs für Kinder unter drei Jahren gefährdet die Attraktivität von Scheeßel für junge Eltern. Zusammen mit Ganztagsangeboten muss hier eine Basis geschaffen werden, die Familien ermöglicht, nach ihren Bedürfnissen die

Kinderbetreuung in Anspruch zu nehmen. Hierfür muss zunächst ein Konzept erarbeitet werden, welches auch Schwankungen der Kinderzahlen berücksichtigt, dass aber vor allem Scheeßel wieder interessant für Familien mit Kindern macht. Die SPD-Fraktion hat deswegen kurz nach dieser Veranstaltung einen Antrag zur Errichtung einer Arbeitsgruppe gestellt, die ein Konzept für die Scheeßeler Kindergärten erstellen soll.

Das Fazit des Abends ist, dass noch viel Arbeit vor uns liegt. Wir wollen aber mit allen Beteiligten im Gespräch bleiben, und gemeinsam nach Lösungen suchen, die sich auch in Zeiten knapper Gelder umsetzen lassen. Ein Gespräch zur Findung eines weiteren Krippenstandortes hat es bereits gegeben, allerdings ist hier mal wieder nur im kleinen Kreis diskutiert worden. Ein Konzept für die Kindertagesstätten kann nur unter Beteiligung der Eltern und Erzieher erstellt werden.

Bundestag

Der Bundestag hat zu Beginn des Jahres die Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft ins Leben gerufen. Enquete-Kommissionen sind interfraktionelle Arbeitsgruppen, die meist über zwei Jahre gemeinsam mit Experten langfristige und grundlegende politische Leitideen zu einem bestimmten Thema entwickeln. In der Enquete „Internet und digitale Gesellschaft“ diskutieren 17 Abgeordnete und 17 Sachverständige die politischen Herausforderungen einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft. Beraten werden die Folgen für das Urheberrecht und den Datenschutz, genauso wie die Chancen für Bildung, Wissenschaft und politische Partizipation durch das Netz. Der Bundestag hat zur Begleitung der Enquete unter anderem verschiedene Foren und Diskussionsmöglichkeiten auf seiner Homepage www.bundestag.de eröffnet. Er begibt sich damit auf absolutes Neuland und versucht so auch die politische Arbeit durch das Netz transparenter zu gestalten. Unser Bundestagsabgeordneter Lars Klingbeil ist zum Sprecher der SPD in der Enquete-Kommission benannt worden und beschrieb die Herausforderungen der Arbeit in der En-

quete in einem Debattenbeitrag für den renommierten Blog „TheEuropean“ wie folgt: „Für meine Generation ist das Internet mittlerweile integraler Bestandteil des Lebens, des Arbeitens und Wirtschaftens sowie des gesellschaftlichen Engagements. Die Auswirkungen auf die Arbeitswelt, die wirtschaftliche Produktivität und die Welt des Lernens zeigen, dass Netzpolitik sich nicht nur mit technischen Details beschäftigen sollte, sondern Gesellschaftspolitik ist. Eine Enquete-Kommission garantiert allerdings noch keine gute Netzpolitik! Nur wenn zwei Bedingungen durch die Enquete erfüllt werden, wird sie eine Werkstatt für eine zukunftsgerichtete Netzpolitik sein können: Erstens muss die Enquete die Chancen der digitalen Gesellschaft in den Mittelpunkt stellen und nicht ihre Gefahren. In der digitalen Gesellschaft bieten sich neue Formen der Beteiligung und Partizipation. Die Enquete muss daher zweitens selbst eine Kultur des Dialogs und der Beteiligung prägen, um die Veränderungsprozesse der digitalen Gesellschaft definieren zu können.“